

Progressive Politik

## Die falsche Sicherheit

Abschottung ist keine Antwort auf die rechtsextreme Gefahr. Es braucht eine neue Politik der Gerechtigkeit, meint der politische Philosoph Rainer Forst.

Ein Gastbeitrag von Rainer Forst

Aus der ZEIT Nr. 31/2024 Aktualisiert am 22. Juli 2024, 14:59 Uhr 



Versuch der Kontrolle – dass Sicherheitspolitik Unsicherheiten entgegenwirken kann, könnte eine Illusion sein. © Adam Maida

Es geht ein Gespenst um, und nicht nur in Europa – das Gespenst der sich demokratisch verkleidenden Nationalismen, die darauf abzielen, die Demokratie autoritär umzuformen. Dieser Ungeist ist real und hat viele Gesichter, von Trump über Le Pen bis Orbán, und er schreitet von Wahlerfolg zu Wahlerfolg. Für progressiv Denkende wird ein Albtraum wahr: Die politische Welt scheint in einer Regression zu versinken, in der die belohnt werden, die die Grundregeln des demokratischen Respekts negieren, und je offensiver dies geschieht, desto lauter wird gejoht. Nur mühsam können vielerorts, wie in Frankreich, prekäre Allianzen gebildet werden, um das Schlimmste zu verhindern. Die USA stehen seit dem Attentat von Pennsylvania und den Reaktionen darauf, so ist zu befürchten, an der Schwelle zu einer neuen Dynamik politischer Gewalt: *"Fight!"*

Die Linke sucht verzweifelt nach Antworten auf diese Lage, läuft dabei aber Gefahr, einen folgenschweren Fehler zu machen, gerade in Deutschland. Denn wer nach Antworten sucht, muss zunächst die richtigen Fragen stellen. Und der

Grundfehler liegt darin, die Fragen so zu übernehmen, wie die Rechten sie formulieren. Dann muss anscheinend eine Lösung dafür her, wie man "nationalen Zusammenhalt" sichern kann, wie "Heimat" wiederhergestellt, wie gesellschaftliches und politisches Vertrauen zurückgewonnen werden kann, wobei man fatalerweise annimmt, dass es dazu einer gewissen kulturellen Homogenität bedarf. Die Regression bestimmt zusehends die politische Semantik.

---

### **Rainer Forst**

ist Professor für Politische Theorie und Philosophie an der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Zuletzt erschien sein demokratietheoretisches Buch *Die noumenale Republik* (Suhrkamp).

---

Schließlich leitet man aus dem allgemein grassierenden, durch diverse Krisen ausgelöst und von rechten Unsicherheitsunternehmern kräftig befeuerten Gefühl, in Zeiten umfassender Ungewissheit und existenzieller Unsicherheit zu leben, die Notwendigkeit einer Agenda der Sicherheit ab, wie Kanzler Scholz betonte. Ja, richtig gehört – die wirklich progressive Politik soll die bessere Sicherheitspolitik sein: äußere, innere, soziale, kulturelle, ökologische und Energiesicherheit. Labour scheint es vorzumachen; mit ökonomischen Stabilitätsversprechen, Grenzschutz und mehr Polizei. Dieser Sieg aber ist nicht verallgemeinerbar, denn er war aufgrund des Niedergangs der Torys programmiert, auch ohne progressives Gegenprogramm.

Bei der Konjunktur des Sicherheitsdenkens wird dreierlei übersehen.

Erstens ist dort, wo Unsicherheit besteht, nicht Sicherheit die selbstverständliche Antwort; vielmehr müssen die Ursachen adressiert werden, die zu bestimmten Unsicherheiten führen. Wer vor Rassismus sicher sein will, muss wissen, wie dieser an seiner Wurzel bekämpft werden soll. Und wer vor Kriminalität sicher sein will, sollte in seiner Analyse nicht falschen Bedrohungsnarrativen aufsitzen. Zweitens verengt der Sicherheitsdiskurs das politische Denken ins Defensive – das evoziert die Vorstellung von Angriffen von außen auf ein protektionistisch zu schützendes Kollektiv. Hier greift die Rhetorik der "Zeitenwende", die sich seit Putins Angriff auf die Ukraine etablierte, auf zu viele Politikfelder über; es werden dann alle möglichen "Gefahren", "Fluten" und "Wellen" gesehen, die auf das Land zurollen, und schnell ist es die Figur des Fremden, die für alles Bedrohliche steht. Bei dieser Einigelung gerät auch aus dem Blick, dass unsere politische Ökonomie kein kleiner Teil der globalen Strukturen ist, die Armut und Konflikte andernorts wie auch hier erzeugen. So wird kritisches und innovatives Denken unterbunden.

Drittens bleibt der Sicherheitsdiskurs dem Status quo verhaftet. Wer sicher sein will, will in der Regel, dass die Dinge und das Leben bleiben, wie sie sind.

Politik und auch Sozialwissenschaften machen derzeit ja generell eine große Transformationsangst aus, bis hin zur Abkehr vom Gedanken gesellschaftlichen Fortschritts [<https://www.zeit.de/2024/24/wirtschaftlicher-fortschritt-wachstum-ideal-entwicklung>] (Andreas Reckwitz) oder zum Leitmotiv der "Anpassung" (Philipp Staab). Aber das mag ein Kurzschluss sein. Viele Menschen sind müde, nur Objekte von Transformationen zu sein, und was sie suchen, ist die Möglichkeit, sie selbst mitzubestimmen. Das liegt auch den irreführenden, aggressiven Rufen "*Take back control*" oder "*Make America great again*" zugrunde. Dabei dürfen die Wörter *back* und *again* nicht verschleiern, dass es sich um Versuche handelt, eine neue Form des autoritären Herrschens einzuüben und zu feiern. Aber man darf diesen Kräften nicht das Feld des nach vorne gerichteten, offensiven Handelns überlassen. Sie versprechen nämlich nicht eine Sicherheit, die Progressive (so der Fehlschluss) besser definieren könnten; sie versprechen Handlungsmacht. Und darum geht es.

---

Dieser Artikel stammt aus der ZEIT Nr. 31/2024. Hier können Sie die gesamte Ausgabe lesen. [[https://www.zeit.de/2024/31/index?utm\\_campaign=wall\\_abo&utm\\_content=premium\\_packshot\\_cover\\_zeit&utm\\_medium=fix&utm\\_source=zeitde\\_zonpme\\_int&wt\\_zmc=fix.int.zonpme.zeitde.wall\\_abo.premium.packshot.cover.zeit](https://www.zeit.de/2024/31/index?utm_campaign=wall_abo&utm_content=premium_packshot_cover_zeit&utm_medium=fix&utm_source=zeitde_zonpme_int&wt_zmc=fix.int.zonpme.zeitde.wall_abo.premium.packshot.cover.zeit)]



---

Wer diese destruktiven Formen der autoritären Wiedergewinnung politischer Macht ernst nimmt, kommt leicht auf den eigentlich richtigen Gedanken, die Grundfesten der Demokratie seien zu verteidigen. Denn wir haben es hier mit Konflikten einer anderen Art zu tun als "normalen" Auseinandersetzungen um die richtige Politik. Es geht vielmehr um den Versuch der Umgestaltung einer ganzen normativen Ordnung; die gewaltsame Rhetorik zeigt es deutlich. Der Fehler liegt aber in der Auffassung, dass die Ordnung, die nun gefährdet ist, genau die Demokratie ist, die angestrebt werden sollte. Wer so in vermeintlich progressiver Absicht denkt, reproduziert unversehens einen Status-quo-Bias, der sich die Frage verbaut, woran denn die Demokratie krankte, die diese autoritären Aggressionen erst hervorgebracht hat.

Was in dieser Situation nottut, ist eine Rückbesinnung auf das, was mit Demokratie gemeint ist. Sie fordert auf der Basis des Menschenrechts einer jeden Person, als Gleicher unter Gleichen respektiert zu werden, eine Ordnung ein, in der die, die dem Recht unterworfen sind, gleichberechtigt an der politischen Herrschaft beteiligt werden und besonders dort Einspruch erheben können, wo grundlegende Formen der Gleichachtung verletzt werden. Dieser Gedanke steht heute auf dem Spiel, und deshalb müssen progressive Kräfte sich dem zuwenden, was derzeit geschieht: dem Versuch einer groß angelegten "Umwertung" der Grundprinzipien, die zu einer legitimen politischen Ordnung

gehören.

## **Das Prinzip der Gerechtigkeit**

Die eigentliche Krise der Zeit besteht darin, dass das Verständnis dessen verloren geht, was Demokratie, Freiheit oder Gerechtigkeit heißen. Das sind die Begriffe, die an erster Stelle zu betonen sind, nicht solche der Sicherheit oder des Vertrauens; sie erhalten durch Erstere erst ihren normativen Sinn. Denn dort, wo die ungehemmte Menschenfeindlichkeit beansprucht, sie sei ja doch demokratisch durch das "eigentliche Volk" legitimiert und daher im Recht, geht der Gedanke der Demokratie als Ordnung unter Gleichen verloren. Denn rasch wird aus dem Wahlsieg abgeleitet, nun auch rechtlich dem "wahren Volk" Vorrang zu geben, etwa beim Staatsbürgerrecht. Dasselbe gilt dort, wo unter Freiheit nur noch Rücksichtslosigkeit verstanden wird, als habe Freiheit nichts mit Verantwortung zu tun. Hier ist nicht erst seit der Pandemie etwas eingetreten, was die Frankfurter Kritische Theorie "Verwilderung" der Selbstbehauptung oder Thomas Mann "Verwahrlosung" genannt hätte und was Freiheit letztlich mit dem Wunsch nach politischer oder kultureller Dominanz identifiziert oder mit der ökonomischen Prämierung des Egoismus.

Das Prinzip der Gerechtigkeit schließlich ist in jeder politisch-gesellschaftlichen Ordnung das Wichtigste, weil es daran festhält, dass nur die Verhältnisse gerecht sein können, die vor dem Einspruchsrecht derer bestehen können, die Gefahr laufen, nicht als Gleiche zu gelten, ob ökonomisch, politisch oder kulturell. Die Gerechtigkeit verkommt jedoch zusehends zu einer bloßen Kompensationsidee für die größten Auswüchse des kapitalistischen Marktes, an dessen strukturelle Veränderung man sich nicht heranwagt.

Wer eine progressive Politik anvisiert, muss die genannten Versuche der Umwertung der Grundnormen demokratischen Zusammenlebens erkennen und zurückweisen. Man muss dabei zugleich sehen, in welcher strukturellen Lage sich (nicht nur) westliche Gesellschaften befinden. Sie suchen einen Platz an der Sonne einer globalen ökonomischen (Un-)Ordnung, die inzwischen zur bestimmenden Größe politischer Entscheidungsspielräume geworden ist. Seit der Finanzkrise 2008 ist dies ins öffentliche Bewusstsein gerückt, und der Eindruck hat sich bei vielen festgesetzt, dass das politische Spiel, das dadurch determiniert wird, nur noch bestimmten sozialen Schichten nützt. Jede aktuelle Erhebung über die Verteilung von Vermögen oder Bildungschancen befestigt dies. Nicht zuletzt auf diese Strukturen reagieren die wütenden, bis zur Realitätsverneinung (etwa der Leugnung des Klimawandels) gehenden Angriffe auf das Bestehende, die die Rechtsautoritären fahren, ohne die wirklichen Probleme zu benennen, und am Ende werden Migranten zum Symbol der globalen Bedrohung, gegen die man sich mit Gewalt wehren will. Der Protektionismus soll mehr als Sicherheit bieten; die Illusion der

Selbstermächtigung siegt ob ihrer Brutalität.

---

## Progressive Politik

Mehr zum Thema

Z+ **Verteidigung der Demokratie**

### **Resilienz allein kann die Demokratie nicht retten**

[<https://www.zeit.de/2024/29/demokratie-verteidigung-andreas-reckwitz-rechtsstaat-resilienz>]

---

Progressive Politik muss nicht nur an dem moralischen Grundanspruch festhalten, dass es letztlich darum geht, eine Ordnung der Gleichen herzustellen. Sie muss die Regression, die Feier des Autoritären und der Lüge demokratisch bekämpfen, aber auch die strukturellen Ursachen für das spezifische Ressentiment beachten, das aus Ungleichheit und Perspektivlosigkeit rührt. Dass nahezu alle größeren Handlungszwänge, die Politik bestimmen, transnationaler Natur sind (globale Finanzmärkte und Produktionsketten, Klimawandel, Ressourcenverteilung, Friedenspolitik, Migrationsbewegungen), die Politik, die darauf reagieren soll, aber im nationalen Rahmen verbleibt, darf nicht zu einem Defätismus der Versicherunglichung oder gar der Absage an den Fortschrittsgedanken führen. Glaubwürdige Politik muss sich, auch wenn das im nationalistischen Feuer der Gegenwart herkuleisch zu sein scheint, um tragfähige und faire inter- und transnationale Strukturen bemühen, die darauf abzielen, den politisch-ökonomischen Spielraum für gerechtigkeitsorientierte Politik zu vergrößern. Und sie muss auf nationaler Ebene anfangen damit, den Menschen, die nicht wissen, wie sie mit kleinen Einkommen und steigenden Kosten und Abgaben zurechtkommen sollen, das Leben ernsthaft zu erleichtern.

---

## Exklusiv für Abonnenten

> [<https://www.zeit.de/exklusive-zeit-artikel>]

Z+

### Z+ **Leerstehende Plattenbauten** **Die Geisterblöcke**

[<https://www.zeit.de/wirtschaft/2024-08/leerstehende-plattenbauten-ostdeutschland-thueringen-hartmannsdorf>]

### Z+ **Polizei und Abschiebungen** **"Schiebt mehr ab! Da stellt sich bei mir so der Kamm auf"**

[<https://www.zeit.de/entdecken/2024-08/polizei-abschiebung-meinung-fluege-rueckfuehrung>]

### Z+ **Türkei** **Das Marmarameer liegt im Koma**

[<https://www.zeit.de/wissen/umwelt/2024-08/tuerkei-marmarameer-fische-muell-umweltverschmutzung-istanbul>]

---

Progressive Politik muss dabei die fatale, faschistoide Verbindung zwischen kulturellem und ökonomischem Ressentiment abschneiden. Im gesellschaftlichen Leben hieße wirkliche, an der Gerechtigkeit sich orientierende Sicherheit, unter Gleichen "ohne Angst verschieden" (Adorno) sein zu können, und es hieße auch, in einer Gesellschaft zu leben, die gerade dort zu einer wirklichen Verbesserung der Lebensverhältnisse führt, wo die Ressourcen knapp sind und knapper zu werden drohen. Dann ist nicht "soziale Sicherheit" der erste Imperativ, sondern eine transformative Politik der Gerechtigkeit, der bewusst ist, dass es keinen guten Grund dafür gibt, dass sich das Vermögen der einen beständig anreichert, während das Auskommen der anderen immer schwieriger wird. Eine Gesellschaft, in der dies nicht strukturell verändert wird, begibt sich auf einen Pfad jenseits der Gerechtigkeit. Dann verfallen die Rechtfertigungsverfahren einer Demokratie und münden in den egoistischen Kampf. Diese Rechtfertigungsleere ist das Grundübel von Gesellschaften, die seit Dekaden Ungleichheitsverhältnisse zugelassen haben, die nicht hinzunehmen sind.

Ohne eine Perspektive des Fortschritts gibt es keine progressive Politik. Sie muss als strukturverändernde Politik entlang klarer Linien der Gleichachtung entwickelt werden. Denn wenn die Wirklichkeit verdrängt oder gewalttätig umgedeutet wird, müssen Progressive darauf eine Antwort finden – aber nicht durch die Übernahme falscher Fragen nach der Herstellung von Sicherheit und nationaler Familienzugehörigkeit. Die Menschenfeindlichkeit der Regression muss klar benannt werden – aber auch die der Verhältnisse, die viel zu lange dem Spiel der Kräfte überlassen wurden. Nur um der Hoffnungslosen willen, sagt Walter Benjamin, ist uns die Hoffnung gegeben.